

A 21NEU Dringlichkeitsantrag: Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 01.12.2021
Tagesordnungspunkt: 0.3. Sonstiges

Antragstext

Die Corona-Situation in ganz Deutschland und auch in München spitzt sich derzeit zu. Mit anhaltend täglich über 60.000 Neuinfektionen in Deutschland sind die Infektionszahlen auf einem Höchststand seit Beginn der Pandemie. Die Tendenz ist steigend.

Das bedeutet nach Aussagen des RKI-Chefs Lothar Wieler, dass bei den derzeitigen Mortalitätsraten täglich 400 - 500 Personen an Corona sterben werden. Sowohl [er](#) als auch [zahlreiche Wissenschaftler*innen der Leopoldina](#) appellieren sehr eindringlich an die Politik, weitergehende Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu ergreifen. Auch Umfragen zeigen, dass sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung stärkere Infektionsschutzmaßnahmen [wünschen](#).

Selbst ohne die Unsicherheit der möglicherweise infektiöseren und den Impfschutz umgehenden neu aufgetretenen Variante „Omikron“ zeigen die aktuellen Zahlen, dass es nicht reicht, weitergehende Infektionsschutz-Maßnahmen auf Ungeimpfte zu beschränken. Wir fordern im Folgenden deshalb auch stärkere Maßnahmen für vollständig Geimpfte. Diese Einschränkungen für - und somit eingeforderte Solidarität von - Geimpften muss jedoch damit einhergehen, dass bisher Ungeimpfte ihren Beitrag zur Beendigung der Pandemie beitragen. Wir schließen uns deshalb auch [der Forderung der Leopoldina](#) an, „die Vorbereitung zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht unter Berücksichtigung der dafür erforderlichen rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen“ in die Wege zu leiten und möglichst bald umzusetzen.

Wir fordern, [dem Papier der Leopoldina](#) folgend:

1) Massive Verstärkung der Impfkampagne

- „Die Einbeziehung anderer Berufsgruppen in die Impftätigkeit (Apotheker, Amtsärzte, Zahnärzte, Pflegekräfte und Hebammen), ggf. mit fachlicher und logistischer Unterstützung der Bundeswehr, des THW und anderer anerkannter privater Hilfsorganisationen in der Katastrophenvorsorge“

- „Eine weitere Verstärkung „aufsuchender Impfangebote“ an Orten mit hohem Personenaufkommen (z.B. Bahnhöfe, Ämter, Einkaufszentrum), an sozialen Brennpunkten, in Seniorenheimen sowie für Personen, die sich vornehmlich im häuslichen Bereich aufhalten“ (Quelle: [Papier Leopoldina](#))

Die Umsetzung der zweiten Maßnahme liegt zumindest in Teilen in städtischer Hand. Die Grün-Rosa Stadtratsfraktion hat dazu bereits Anträge gestellt und wird dieses Anliegen in den kommenden Tagen weiter vorantreiben. Für erstere appellieren wir an Bund und Land die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

2) Deutliche Kontaktreduktion

Entsprechend der „Option 1: Sofortige umfassende Kontaktbeschränkungen, zumindest in Regionen mit hoher Inzidenz“ des [Papiers der Leopoldina](#), fordern wir den Freistaat auf, den Maßnahmenkatalog, der bisher für Städte und Landkreise mit einer Sieben-Tage-Inzidenz über 1.000 gilt, so bald wie möglich und bis Ende Dezember in München beziehungsweise in ganz Bayern umzusetzen.

Konkret bedeutet [dies](#):

- „Sämtliche Einrichtungen und Veranstaltungen, die bisher Zugangsbeschränkungen nach 2G plus / 2G / 3G plus / 3G unterliegen, sind geschlossen.
- Das bedeutet insbesondere die Schließung von Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen (*Anm.: insbesondere Fußballspiele*), der Gastronomie, des Beherbergungswesens, von körpernahen Dienstleistungen (ausgenommen Friseure), Sport- und Kulturstätten sowie – hinsichtlich ihrer Präsenzangebote – von Hochschulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen und der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- Die Schulen und Kindertagesstätten bleiben geöffnet. (*Anm.: siehe auch Punkt 3*)
- Der Groß- und Einzelhandel bleibt geöffnet, es gilt aber eine Kundenbegrenzung auf einen Kunden je 20 m² Ladenfläche sowie 2G Regel, mit Ausnahme der Grundversorgung.
- Medizinische, therapeutische und pflegerische Leistungen bleiben im Notfall wie immer weiterhin ohne Zugangsbeschränkung zugänglich. Außerhalb von Notfällen gilt die 3G Regel.“

3) Berücksichtigung der besonderen Situation von Kindern und Jugendlichen

Trotz einer Warnung, dass „die hohen Inzidenzen auch unter ihnen (*Anm.: Kinder und Jugendlichen*) die Fälle von schweren Erkrankungen zunehmen“ lassen, schreibt die [Lepoldina](#) die „Aussetzung der Präsenzpflcht und einen Wechselunterricht an Schulen sowie die Schließung von Kitas sollten möglichst vermieden werden“. Damit einher geht jedoch auch die Empfehlung der Impfung von Kindern und Jugendlichen ab fünf Jahren und ein Vorziehen der Weihnachtsferien.

Wir schließen uns dieser Positionierung an. Die Stadtverwaltung erfährt seitens der Grün-Rosa Stadtratsfraktion alle Unterstützung, um möglichst rasch Impfmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ab 5 Jahren aufzubauen. Wir appellieren an den Freistaat, die Weihnachtsferien bereits ab Samstag, 18. Dezember beginnen zu lassen.

Außerdem erkennen wir die rasante Prekarisierung der Situation junger Menschen in Ausbildung und Studium und fordern die Bundesregierung zur schnellen, unbürokratischen und elternunabhängigen Öffnung des BAföG als Vollzuschuss auf.

4) Heranziehen von zusätzlichen Krankenhaus-Kapazitäten

Wir fordern den Freistaat auf, den Katastrophenfall auf die höchstmögliche Stufe „3b“ zu erhöhen. Dies bedeutet im Vergleich zur aktuell geltenden Stufe des Katastrophenfalls, dass Krankenhäuser, die bisher keine oder nur wenige Covid-19 Patient*innen behandeln, verpflichtet werden können, dies zu tun.

Begründung

erfolgt mündlich